Deutscher Bundestag **Drucksache 19/6499**

19. Wahlperiode 13.12.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Daniela Wagner, Christian Kühn (Tübingen), Britta Haßelmann, Tobias Lindner, Lisa Paus, Stefan Schmidt, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Lisa Badum, Harald Ebner, Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Renate Künast, Steffi Lemke, Friedrich Ostendorff und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sofortprogramm Bauflächenoffensive – Hunderttausend Dächer und Häuser Programm

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Überall in den wachsenden Städten und Ballungsräumen sind geeignete Bauflächen knapp. Neues Bauland ist knapp und teuer. Nachbarn fürchten um Grünflächen und freie Sicht. Hier besteht jedoch ein riesiges, weitgehend brachliegendes Potenzial ungenutzter Dachgeschosse und Dachflächen. Die Dachausbaureserve in Deutschland beträgt nach einer Studie der Technischen Universität Darmstadt und des Pestelinstituts 580.000 Wohnungen.

Gleichzeitig stehen in vielen Ortskernen und Dorfzentren des Umlands und ländlicher Räume Wohnungen und Häuser leer. Durch das Baukindergeld werden massiv neue Bauflächen erschlossen und grüne Wiesen zubetoniert. Der anhaltend hohe Flächenverbrauch von immer noch 62 Hektar neu in Anspruch genommener Fläche für Siedlungsbau und Verkehrswege an jedem einzelnen Tag besorgt viele Menschen. Erholungsgebiete und die Natur leiden massiv darunter. Der Leerstand von Häusern und Wohnungen in den Regionen beträgt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gleichzeitig rund 2 Millionen Wohnungen.

Diese brachliegenden Potenziale gilt es zu heben. So können mehr dringend benötigte Wohnungen in den Städten durch Dachausbau entstehen. Gleichzeitig gewinnen Dorf- und Ortskerne in den Regionen durch die Wiederbelebung von zuvor leer stehenden Häusern, sie werden attraktiv und gestärkt. Ohne zusätzliche Flächenversiegelung. Natur und Erholungsräume werden geschützt.

Dazu wird das „Hunderttausend Dächer und Häuser Programm“ in Höhe von 90 Mio. Euro im ersten Jahr aufgelegt. Damit erhält, wer behutsam durch Dachausbauten nachverdichtet sowie leerstehenden Gebäuden in Ortskernen reaktiviert, durch den Ausbau, Umbau oder Modernisierung, eine attraktive finanzielle Förderung. Die Investitionszulage in Höhe von 10 Prozent auf Baukosten bis 1500 Euro je Quadratmeter stärkt so die Innenentwicklung im Bestand. Für Aus- und Aufbau von Dächern, die Aktivierung von leerstehenden Gebäuden in Ortskernen

des Umlandes, und neuen Wohnraum über Supermärkten. So werden vorhandene, brachliegende Bauflächen erschlossen und in dieser Wahlperiode 100.000 zusätzliche Wohnungen in und auf bestehenden Gebäuden geschaffen. Gleichzeitig wirkt das Programm durch mehr Bauflächen den steigenden Baulandpreisen und hohen Erschließungskosten in den Regionen entgegen und ermöglicht Wohnungsbau ohne Flächenfraß.

Bisher werden zu viele Dachflächen noch nicht oder nicht ausreichend für die Gewinnung von sauberer Energie genutzt. Mit dem vorgeschlagenen Programm sollen deshalb Dachflächen für die Energiewende aktiviert werden. Damit können ohnehin vorhandene Flächen unkompliziert für die Solarenergienutzung erschlossen werden und so einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz im Gebäudebereich liefern.

Im Gegensatz zur Sonderabschreibung für Mietwohnungsbau in ihrer jetzigen Form wird die Grüne Bauflächenoffensive keine steigenden Bauland- und Kaufpreise zur Folge haben und ein wirkliches Mehr an Wohnungsbau bringen. Außerdem können am Gemeinwohl orientierte Unternehmen und Genossenschaften, die wenig oder keine Gewinne machen, diese gar nicht anwenden. Die Investitionszulage aus dem Hunderttausend Dächer und Häuser Programm kann jedoch jede Familie und jedes Unternehmen nutzen. Diese ist daher besser geeignet die Vielfalt auf dem Wohnungsmarkt anzusprechen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine „Grüne Bauflächenoffensive: Hunderttausend-Dächer- und Häuser-Programm“ aufzulegen, z.B. als KfW Programm, und dazu
- 90 Mio. Euro im Jahr 2019 für eine finanzielle Förderung für 10.000 Wohnungen in ausgebauten Dächern und aktivierten, zuvor leerstehenden Gebäuden in Ortskernen bereit zu stellen,
- 270 Mio. Euro im Jahr 2020 für 30.000 solcher Wohneinheiten,
- 450 Mio. Euro im Jahr 2021 für 50.000 solcher Wohneinheiten, und bei Bedarf das Programm darüber hinaus zu verlängern;
- die Förderhöhe beträgt dabei einen 10-prozentigen Zuschuss bemessen an der Höhe der Baukosten, bis zu einer Fördersumme von 150 Euro je Quadratmeter neu geschaffener oder aktivierter Wohnfläche, für Dachgeschossausbau und Aktivierung von Leerstand durch Modernisierung, Ausbau und/oder Umbau,
- die Förderung ist kumulierbar mit den Programmen der sozialen Wohnraumförderung, der Klimaschutzförderung der KfW, Förderung für Bauen mit Holz und nachwachsenden Baustoffen, MAP Wärme aus erneuerbaren Energien und anderen auszugestalten, und
- bei der Ausführung der Baumaßnahmen in Holzbauweise bzw. auf Basis nachwachsender Dämm- und Baustoffe, die Förderung auf bis zu 200 Euro je Quadratmeter aufzustocken,
- bei der Planung bei den auszubauenden Dächern und zu reaktivierenden Gebäuden eine Prüfung der Installation von Photovoltaik und Solarthermie festzuschreiben,
- bei der Ausführung von Dachausbauten oder der Reaktivierung von Gebäuden in Verbindung mit erstmaliger Installation einer Photovoltaik- und/oder Solarthermieanlage, die Förderung um bis zu 25 Euro je Quadratmeter aufzustocken,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- wenn Fördermittel aus den Landeswohnraumförderprogrammen kumuliert in Anspruch genommen werden festzuschreiben, dass eine Mietobergrenze analog zu den Förderhöchstmieten im geförderten sozialen Wohnungsbau der Bundesländer gemäß der Landeswohnraumgesetze und -richtlinien eingehalten werden muss.

Berlin, den 19. November 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.